

Burmesische Häftlinge in Bangladesch revoltieren

Achtzehn Häftlinge aus Burma haben in einem Gefängnis im Nordosten Bangladeschs eine Revolte angezettelt, die von der Gefängnisleitung gewaltsam niedergeschlagen wurde. Mindestens zwei Häftlinge wurden dabei schwer verletzt. Der Vorfall wirft ein Schlaglicht auf das Schicksal von rund 500 Gefangenen aus Burma, die in Haftanstalten in Bangladesch einsitzen, obwohl sie ihre Strafen längst verbüßt haben. Zum Teil hätten sie bereits Anfang 1998 freigelassen werden müssen. Die Regierung Bangladeschs will sie jedoch erst dann auf freien Fuß setzen, wenn sichergestellt ist, dass sie nach Burma zurückkehren können. Eine ent-

sprechende Zusicherung der burmesischen Militärjunta lässt seit Jahren auf sich warten. Die Aussicht auf einen vielleicht noch jahrelangen Aufenthalt im Gefängnis und die extrem schlechten Lebensbedingungen waren Auslöser für die Revolte. Kleinere Unruhen hatte es schon vorher gegeben. Vier burmesische Gefangene begingen Selbstmord. Trotz dieser Vorfälle hält die Regierung in Dhaka an ihrer Position fest: »Die Freilassung der Häftlinge kann erst erfolgen, wenn Myanmar uns ihre Rücknahme zugesichert hat«, so ein Sprecher des Justizministeriums. vgl. DPA, 15.2.2000, Mizzima News Group, 12.2.2000

Neue Zeitung offenbart Machtkampf

Mit der *Myanmar Times and Business Weekly* gibt es seit dem 12. Februar 2000 eine neue englischsprachige Zeitung in Burma. Im Unterschied zum Regierungsorgan *New Light of Myanmar* berichtet das Blatt relativ offen über internationale Politik und insbesondere Wirtschaftsthemen. Herausgeber ist der Ranguner Unternehmer Pyone Maung Maung, der als enger Vertrauter von Geheimdienstchef Khin Nyunt gilt. Als Chefredakteur fungiert Ross Dunkley, ein australischer Journalist, der mit dem *Vietnam Investment Review* 1991 bereits ein ähnliches Projekt auf den Weg brachte. Die Herausgabe

ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil die *Myanmar Times* mit dem Segen des Geheimdienstes, aber ohne offizielle Erlaubnis des Informationsministeriums erscheint. Die obligatorische Lizenz wurde umgangen, indem man die Zeitung als »Journal« statt als »Paper« deklarierte. Hier offenbart sich ein schon lange schwelender Machtkampf zwischen Khin Nyunt und Hardlinern in den Reihen der Junta, wie Informationsminister General Kyi Aung, in dem der Geheimdienstchef zur Zeit offenbar die Oberhand hat.

vgl. Asiaweek, 18.2.2000

Razzia im Studentenlager

Thailändische Sicherheitskräfte haben am 10. Februar das zentrale Auffanglager für exilierte Studierende aus Burma durchsucht und fünfzehn Personen festgenommen. Rund 500 Polizisten und Soldaten durchkämmten das Camp, in dem etwa 2000 Menschen leben, nach Waffen und Munition. Die Aktion stand in Zu-

sammenhang mit einem Treffen zwischen UN-Generalsekretär Kofi Annan und dem thailändischen Premierminister Chuan Leekpai, bei dem auch das Schicksal burmesischer Flüchtlinge in Thailand auf der Tagesordnung stand.

vgl. AFP, 10.2.2000

ABSDF muss Büros in Thailand schließen

Die bedeutendste Organisation exilierter burmesischer Studierender, All Burma Students' Democratic Front (ABSDF), musste auf Druck der Behörden ihre Büros in Thailand schließen. Mindestens drei Mitarbeiter wurden von der Polizei in Flüchtlingslager im Grenzgebiet gebracht. Das Vorgehen der Behörden gegen die ABSDF ist eine Folge der Besetzung eines Krankenhauses im thailändischen Ratchaburi durch burmesische Widerstandskämpfer Ende Januar, von der sich die ABSDF allerdings klar distanziert hatte. Zuvor hatte Thailand die politischen Aktivitäten exilierter Studierender weitgehend geduldet und ihnen relative Freizügigkeit im Lande ge-

nachrichten

währt. Nun ist die Präsenz burmesischer Oppositionsgruppen nicht länger erwünscht und alle Flüchtlinge sollen in die Lager zurückkehren. Ob und wie die ABSDF ihre Arbeit weiterführen kann, ist unklar. »Wenn wir unsere Büros nicht wieder öffnen dürfen, werden wir uns in den Dschungel auf burmesischer Seite der Grenze zurückziehen und von dort aus agieren.«, erklärte Kyaw Kyaw, ein Mitglied des Zentralkomitees der ABSDF.

vgl. AP, 18.2.2000

Annan kündigt neuen Botschafter an

UN-Generalsekretär Kofi Annan hat am 13. Februar 2000 in Bangkok die Ernennung eines neuen Sonderbotschafters für Burma angekündigt.

Die Militärregierung in Rangun hatte jede Zusammenarbeit mit dem bisherigen Sonderbotschafter Rajsommer Lallah verweigert. Annan forderte die Junta auf, sich endlich reformbereit zu zeigen und der internationalen Staatengemeinschaft zu beweisen, dass die Militärregierung ernsthafte Schritte in Richtung einer Demokratisierung Burmas unternimmt. »Ich hoffe, dass wir früher oder später mehr über die Maßnahmen erfahren werden, die die burmesische Regierung unternimmt, um ihr Land zu öffnen und den Prozess der politischen Reform und Demokratisierung voranzutreiben, damit wir gemeinsam vorschreiten und die Lebensbedingungen der Menschen in Bur-

ma verbessern können.«, erklärte der UN-Generalsekretär wörtlich. vgl. AFP, 13.2.2000

— Anzeige —

Sie spenden, wir quittieren !

ami

●*Bioethik-Konvention in Kraft
 ●*Razzia-Überfall im Berliner Mehringhof
 ●*Outsourcing bei der Bundeswehr
 ●*EU bekommt Interventionsarmee
 ●*Montenegro: Balkan-Krieg Nr. 5?
 ●*Filz und Friedensforschung
 ●*Dienstweihnachtsbäume in Österreich
 ●*Jahresregister 1999 uvm.

monatliche Informationen und Analysen zu Militär, Friedensforschung und -bewegung

Abo: 9 Normal-/ 3 Themenhefte DM 50.-;
 Ausland: DM 60.-; Themenheft DM 5.- (+Porto)
 Probeheft gratis
 Bezug: Verein für friedenspolitische Publizistik e.V. Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin
 e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
<http://userpage.fu-berlin.de/~ami>
 Telefon/Fax: ++30-25 79 73 42

nachrichten

God's Army

Erneut war es eine spektakuläre Geiselnahme, die die internationale Aufmerksamkeit auf Burma und Thailand lenkte. Am 24. Januar 2000 besetzten um sieben Uhr Ortszeit zehn bewaffnete Männer das Krankenhaus im thailändischen Ratchaburi und hielten bis zu 700 PatientInnen, Angestellte und BesucherInnen 24 Stunden lang fest. Sie gehörten der God's Army, einer kleinen

Gruppe von Karen, die Widerstand gegen das burmesische Militärregime leistet, und den Vigorous Burmese Student Warriors an, der Gruppe, die für die Besetzung der burmesischen Botschaft in Bangkok im vergangenen Oktober verantwortlich zeichnete. Anders als damals zeigten die thailändischen Behörden nun keinerlei Bereitschaft, auf Forderungen der Besetzer einzugehen. Am frühen Morgen des 25. Januars stürmten Sicherheitskräfte den Krankenhauskomplex. Alle Geiseln wurden unversehrt befreit, die Geiselnnehmer getötet — im Zuge der Kampfhandlungen, wie Armee und Regierung versichern. Augenzeugen berichten hingegen, die Geiselnnehmer, die allgemein als freundlich und rücksichtsvoll den Geiseln gegenüber beschrieben werden, hätten sich widerstandslos ergeben. Danach hätten sie sich entkleiden und niederknien müssen und seien von Sicherheitskräften

durch Genickschüsse getötet worden. Fotoaufnahmen der Leichen stützen diese Berichte, deren endgültige Verifizierung schwierig werden dürfte: Die Geiselnnehmer wurden noch am Todestag an unbekanntem Ort begraben — ohne vorherige Autopsie.

Das blutige Ende des Geiseldramas hinterlässt vor allem deshalb einen bitteren Nachgeschmack, weil Thailand maßgeblich dazu beitrug, dass es überhaupt zu der Krise kam. Unmittelbar vorher hatten thailändische Truppen das Lager der God's Army im Dschungel von Kamerplaw auf burmesischer Seite der Grenze unter zweiwöchigen Dauerbeschuss gehalten und alle Flucht- und Versorgungswege von und nach Thailand abgeschnitten. Gleichzeitig wurde die Stellung von burmesischer Seite angegriffen. Bis zu zweihundert Personen, viele davon ZivilistInnen, die im Lager Schutz vor Angriffen der burmesischen

Armee auf ihre Dörfer gesucht hatten, kamen dabei ums Leben; zahlreiche weitere wurden verletzt. Die Krankenhausbesetzung schien den Aktivisten der God's Army und der VBSV in dieser ausweglosen Situation offenbar das einzige Mittel, um Hilfe für diese Menschen zu bekommen. Ihre Forderungen konzentrierten sich auf medizinische Hilfe für Verwundete, Zuflucht für Vertriebene in Thailand und die Einstellung des Dauerbeschusses. Inzwischen wurde das Lager der Rebellen von burmesischen Truppen eingenommen. Genaue Informationen über die Opfer der mehrtägigen schweren Kämpfe — insbesondere über das Schicksal von fast 600 Karen-ZivilistInnen, die sich im Kampfgebiet aufhielten — fehlen.

vgl. *Burma Report* 1/2000

Junta schließt Hochschulen erneut

Am 3. Februar hat die burmesische Militärregierung zwei erst kürzlich eröffnete Government Technological Colleges (GTC) in Thanlyan und Hmabeg geschlossen. Anlass waren Studentenproteste gegen das repressive Ausbildungssystem und den niedrigen Ausbildungsstandard. Bereits im Januar waren die GTC in Hin Thada und Ma U Bin aus dem gleichen Grund geschlossen worden. Damit bestätigen sich Befürchtungen, dass die Wiederaufnahme des universitären Lehrbetriebs, die im Dezember begonnen hat, nur von kurzer Dauer sein wird und dass das neue Ausbildungssystem die Interessen der Studierenden nicht berücksichtigt. Die meisten Hochschulen in Burma sind bereits seit 1996 geschlossen. Insgesamt waren sie im Laufe der vergangenen elf Jahre nur knapp drei Jahre geöffnet. Auf massiven Druck der internationalen Gemeinschaft eröffnete die Militärregierung am 16. Dezember 1999 30 neu gegründete GTC in ver-

schiedenen Orten des Landes. Diese Einrichtungen sollen das Mandalay Institute of Technology (MIT) und das Yangon Institute of Technology (YIT) ersetzen. Durch die geographische Zersplitterung der Studentenschaft soll den Studierenden offenbar die Möglichkeit genommen werden, sich zu organisieren. Vor Antritt des Studiums müssen sich alle BewerberInnen zudem verpflichten, keinerlei politischen Aktivitäten nachzugehen. Neben diesen Einschränkungen ihrer Rechte erregen organisatorische und inhaltliche Mängel den Zorn der Studierenden. Meist sind die GTC schlecht zu erreichen und in im Eiltempo errichteten provisorischen Gebäuden untergebracht. Die Lehrkräfte sind überwiegend nicht für den Unterricht auf universitärem Niveau ausgebildet. Die Studiendauer wurde von sechs auf vier Jahre verkürzt und die Studierenden können nur noch College-Abschlüsse erwerben.

vgl. *NCUB*, 10.2.2000

Journalistin erhält Menschenrechtspreis

Von der Organisation Reporter ohne Grenzen wurde die Schriftstellerin und Journalistin Daw San San Nwe ausgezeichnet. Der mit rund 15.000 Mark dotierte Preis wird alljährlich an eine Persönlichkeit verliehen, die sich in ihrem Land um die Pressefreiheit verdient gemacht hat. Seit 1994 verbüßt sie eine zehnjährige Haftstrafe. Ihre Vergehen: »Verbreitung von Informationen zum Schaden des Staates« und »Beschaffung von Informationen über die Situation der Menschenrechte in Burma für den Sonderbotschafter der

Vereinten Nationen«. Jahrelange Isolationshaft und Folter haben die Gesundheit von Daw San San Nwe schwer geschädigt. Ihre Verlegung in das 150 Kilometer von Rangun entfernte Gefängnis von Tharadaway im Herbst 1999 macht es für Familie und Freunde fast unmöglich, sie zu besuchen und mit Lebensmitteln und Medikamenten zu versorgen. Insgesamt befinden sich in Burma 13 JournalistInnen in Haft — mehr als in jedem anderen Land der Welt.

vgl. *RoG-Newsletter*, 1/2000

Weltbank setzt Gespräche fort

Die Weltbank wird auch weiterhin Gespräche mit der burmesischen Regierung führen. Asien-Pazifik-Direktor Jean-Michel Severino: »Wir werden zum jetzigen Zeitpunkt keine Kredite an Burma vergeben. Das hat zwei Gründe: Erstens stimmen wir mit der Wirtschaftspolitik der Militärregierung in vielen Punkten nicht überein. Zweitens wünschen

unsere Aktionäre aus politischen Gründen nicht, dass wir dieses Land finanziell unterstützen.«, erklärte Severino. In einem ausführlichen Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Lage hatte die Weltbank jüngst die Militärregierung für Not und wachsendes Elend im Land verantwortlich gemacht.

vgl. *AFP*, 15.2.2000